



«Eine Geschichte voller Widersprüche und voller Gewalt»: ein junger Patriot an der Parade für Kriegsveteranen in Manhattan, November 2019.

ANDREW KELLY / REUTERS

«Die amerikanische Politik war schon immer ziemlich korrupt»

Vor 250 Jahren entstanden die Vereinigten Staaten von Amerika. Im Gespräch mit Marc Tribelhorn erzählt der Historiker Manfred Berg, was die grössten populären Irrtümer der amerikanischen Geschichte sind. Und weshalb Donald Trump kein Betriebsunfall der Demokratie ist

Manfred Berg ist eben aus Übersee zurückgekehrt, mit frischen Eindrücken aus dem Land, das er seit Jahrzehnten erforscht. «Ich kann Sie beruhigen», sagt er, «der Alltag geht seinen Weg, die USA sind noch kein Polizeistaat.» Doch die Unsicherheit bleibt: «Selbst wohlwollende Kommentatoren können nicht länger verdrängen, dass die liberale Demokratie in einer akuten Krise steckt.»

Berg, 66, ist Professor für amerikanische Geschichte in Heidelberg, eine Instanz auf seinem Gebiet. Er schrieb Bücher über die Bürgerrechtsbewegung, die Lynchjustiz, Präsident Woodrow Wilson sowie die Spaltung der Gesellschaft in den USA seit 1950. Dieser Tage erscheint «Amerikas Demokratie: eine kurze Geschichte von der Unabhängigkeit bis Donald Trump» (Verlag Klett-Cotta). Der 250. Geburtstag der Vereinigten Staaten ist für ihn «Anlass für eine kritische Bilanz».

Herr Berg, was ist der grösste populäre Irrtum der amerikanischen Geschichte? Die Vorstellung, dass die berühmten Checks and Balances in der Verfassung immer tadellos funktioniert hätten. Das höre ich in Europa immer wieder, nicht zuletzt von glühenden Transatlantikern. Es ist eine Beruhigungsspiel, besonders in der Ära von Donald Trump. Doch es gab bereits einmal den Totalzusammenbruch dieses Systems: Der Bürgerkrieg von 1861 bis 1865 kostete 700 000 Menschen das Leben, umgerechnet auf die heutige Bevölkerung der USA wären das 8 Millionen. Dieser Katastrophe ging eine jahrzehntelange Polarisierung der Gesellschaft voraus, wie wir sie in ähnlicher Form wieder beobachten.

Geschichte wiederholt sich aber nicht. Das stimmt. Doch seit einigen Jahren diskutieren Historiker sehr ernsthaft darüber, ob die USA wieder an der Schwelle zum Bürgerkrieg stehen. Dieses Szenario mag alarmistisch klingen, ist aber nicht völlig aus der Luft gegriffen. Die Geschichte der USA ist voller

Widersprüche und voller Gewalt, gerade auch in der Politik.

Sie schreiben: «Gewalt, Wahlbetrug und schmutzige Tricks gehören zur politischen Auseinandersetzung wie der Truthahn zu Thanksgiving.»

Die USA sind immer eine ziemlich wilde Demokratie gewesen. Der Historiker David Grimsted hat einmal die Wahlkämpfe in der amerikanischen Massendemokratie des 19. Jahrhunderts als rabiaten «Männersport» bezeichnet, weil so viel getrunken und geprügelt wurde. Das Gewaltniveau



Manfred Berg
Historiker

war jedenfalls seit je sehr viel höher als in den westeuropäischen Demokratien – einmal abgesehen von den zwei Weltkriegen. Meine These ist, dass die Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols in den USA deutlich schwächer ist. Das sieht man an den dortigen Waffengesetzen. Wer sich bewaffnen wollte, hatte noch nie Schwierigkeiten. Das gilt auch für die Attentäter, von denen es in der amerikanischen Geschichte geradezu wimmelt.

Am Anfang der «Vereinigten Staaten von Amerika» steht die gewaltsame Ablösung von Grossbritannien 1776. Eine Revolution, die die Welt veränderte. Damals erschien es ziemlich unwahrscheinlich, dass sich die Amerikaner gegen die britische Militärmacht behaupten könnten. Mehrfach standen sie am Rand der Niederlage. Dass die Unabhängigkeit gelang, verdankten sie nicht zuletzt der Allianz mit dem absolutistischen Frankreich. Oft wird übersehen, dass der Unabhängigkeitskrieg auch ein Bürgerkrieg zwischen

Patrioten und königstreuen Loyalisten war, der äusserst brutal ausgetragen wurde. Nach dem Krieg kam es zur Vertreibung und Flucht von mindestens 100 000 Menschen.

In der Unabhängigkeitserklärung, verfasst vom damals 33-jährigen Thomas Jefferson, heisst es, «dass alle Menschen gleich geschaffen sind; dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräusserlichen Rechten ausgestattet sind: dass dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören». Klingt super. Trotzdem sagen Sie: «Es war kein Manifest der Demokratie.»

Als Historiker müssen wir uns davor hüten, die Vergangenheit mit unseren heutigen Wertvorstellungen zu beurteilen, etwa Menschenrechten und Rechtsstaat. Der Begriff Demokratie war unter Zeitgenossen weitgehend umstritten. Klar war nur, dass die Monarchie für die neue Nation nicht infrage kam. Es ging um Selbstregierung. Und das hiess zunächst: die Selbstregierung von weissen Männern, die Besitz hatten. Wegen der Sklaverei waren die USA lange eine «Herrenvolk-Demokratie», wie es der Soziologe Pierre van der Berghe genannt hat.

War den Gründervätern die Problematik bewusst?

Natürlich. Thomas Jefferson war ein hochintelligenter Mann und sich des Widerspruchs bewusst zwischen der Sklaverei und den freiheitlichen Idealen, für die die Amerikaner behaupteten einzutreten. Das wurde ihnen natürlich auch vorgehalten, nicht nur von den versklavten Afrikanern und den Vertretern der Indigenen, sondern auch von den Briten: «Wie kann es sein», höhnte der englische Literat Samuel Johnson, «dass wir das lauteste Kläffen nach Freiheit ausgerechnet von Sklaventreibern hören.»

Die Herrenvolk-Demokratie hatte trotz der Kritik sehr lange Bestand.

Aufgeklärte Zeitgenossen wie Jefferson und George Washington hofften, dass sich die Sklaverei allmählich erledigen würde, weil sie ökonomisch ineffizient sei. Das Gegenteil war aber der Fall, weil die Sklaverei durch den Baumwollboom als wirtschaftliche Notwendigkeit erschien. Später ging es dann um die Wiedereingliederung der Südstaaten nach dem Bürgerkrieg: Die leidige «Negerfrage» durfte der nationalen Versöhnung nicht im Weg stehen. Bis in die 1960er Jahre praktizierte der Süden ein System der Apartheid. Da gibt es nichts schönzureden.

Aber?

Wahr ist halt auch, dass die Gründerväter mit der «Declaration of Independence» einen extrem wirkmächtigen Text geschaffen haben, der allen späteren Generationen von Unterdrückten, Diskriminierten und Marginalisierten als rhetorisches Arsenal diente. Ganz zu schweigen von der Rettung der Demokratie durch die Amerikaner während zweier Weltkriege.

Mythenumrankt ist die amerikanische Verfassung, die den Revolutionären trotz heftigen Konflikten 1787 gelang, im «Wunder von Philadelphia».

Der Hauptkonflikt drehte sich um die Frage, wie viel Macht die künftige Bundesregierung haben sollte. In der heroischen Erzählung der USA kamen in Philadelphia einige weise Männer zusammen und schufen ein äusserst ausgewogenes System, das die Ordnung des Landes für Jahrhunderte gesichert hätte: mit zwei Parlamentskammern, einem Obersten Gerichtshof und einem Modus der Präsidentschaftswahl, der keine Direktwahl, sondern ein Wahlkollegium vorsieht, das «electoral college». In der amerikanischen Verfassung kommt das Wort Demokratie nicht vor. Es gibt bis heute auch kein nationales Wahlrecht, sondern nur bestimmte Diskriminierungsverbote, die durch Zusatzartikel hinzugefügt wurden. Liberale und Progressive beklagen schon lange, dass das Mehrheitsprinzip zu oft negiert werde – und diese Konstruktion aus dem 18. Jahrhundert einer modernen Demokratie nicht mehr angemessen sei.

Die amerikanische Verfassung ist kaum reformierbar. Es gab seit ihrem Inkrafttreten rund 12 000 Versuche, Zusatzartikel hinzuzufügen, sogenannte Amend-

«Als Historiker müssen wir uns davor hüten, die Vergangenheit mit unseren heutigen Wertvorstellungen zu beurteilen.»

ments.

Nur 27 waren erfolgreich, der letzte vor einem Vierteljahrhundert.

Es gibt heute in den USA viele Experten, die sagen: Wir haben ein Riesenproblem mit unserer Verfassung. Ich stimme dem zu. Es braucht für ein «constitutional amendment» nicht nur eine Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern des Kongresses, sondern auch eine nachträgliche Ratifizierung durch drei Viertel der Gliedstaaten. Das ist eine fast unüberwindbare Hürde, besonders wenn es wie heute keinen überparteilichen Konsens gibt. Das amerikanische System ist zunehmend dysfunktional geworden. Das hat dazu geführt, dass die Macht des Präsidenten immer grösser geworden ist – was die Verfassung so nicht vorsieht.

Der Historiker Arthur M. Schlesinger schrieb schon Anfang der 1970er Jahre von der «imperialen Präsidentschaft». Eine Sorge, die mit Donald Trump aktueller denn je scheint.

Als die USA im Laufe des 20. Jahrhunderts zur Weltmacht und dann zur Supermacht wurden, wuchsen dem Präsidenten als Oberbefehlshaber der Streitkräfte immer mehr Kompetenzen zu. Er hat sie sich genommen, aber man hat sie ihm auch gegeben. Denken wir an starke Präsidenten wie Theodore Roosevelt, Woodrow Wilson oder Franklin Delano Roosevelt. Mit der Entwicklung des Rats für nationale Sicherheit seit dem Kalten Krieg ist der Präsident noch mächtiger geworden. Zudem hat der schwerfällige Gesetzgebungsprozess im Kongress dazu geführt, dass Präsidenten zunehmend mit sogenannten «executive orders» Tatsachen schaffen wollen. Das hat weit vor Trump begonnen, er nutzt dieses Instrument einfach exzessiv. Vor allem akzeptiert er nicht, dass diese präsidentialen Dekrete an Recht und Verfassung gebunden sein müssen.

Je weniger sich die Verfassung ändern lässt, desto bedeutsamer wird ihre Auslegung. Ist das der Grund für die immer stärkere Politisierung des Supreme Court?

Ja, Verfassungsentwicklungen sind eigentlich nur noch möglich, wenn das

Oberste Gericht die Verfassung neu auslegt. Es entscheidet, ob die Gesetze des Kongresses verfassungskonform sind. Deswegen ist es so zentral, welche neun Richterinnen und Richter im Amt sind. Sie sind praktisch auf Lebenszeit ernannt. Das erklärt die extreme Politisierung der Justiz. Das gab es zwar früher schon, war aber weniger ausgeprägt als heute. Berühmt ist etwa der Entscheid eines mehrheitlich konservativen Gremiums aus dem Jahr 1857, wonach der Kongress in den Territorien des Bundes die Sklaverei nicht verbieten darf.

Ebenfalls eine lange Kontinuität hat das Parteiensystem in den USA. George Washington warnte vergeblich vor den «verhängnisvollen Folgen des Parteigewes-tes», der die nationale Einheit untergrabe. Die USA waren auch in diesem Bereich Vorreiter der modernen Massendemokratie. Es gibt im Grunde seit dem Inkrafttreten der Verfassung 1788 zwei Parteien, die mehrfach Ausrichtung und Namen gewechselt haben. Die heutigen Republikaner haben etwa mit der ursprünglich von Abraham Lincoln gegründeten Republican Party überhaupt nichts mehr zu tun, obwohl sie sich gerne die «Grand Old Party» nennen. Über eine lange Zeit, gerade im 20. Jahrhundert, sind die amerikanischen Parteien keine Weltanschauungsparteien wie etwa die europäischen Sozialdemokraten oder Christlichdemokraten, sondern heterogene Gebilde. Sowohl die Demokraten wie die Republikaner hatten einen liberalen und einen konservativen Flügel, die sich gegenseitig nahestanden. Die überparteiliche Arbeit war einfacher, weil sich die beiden Parteien nicht als ideologische Blöcke gegenüberstanden.

Aus heutiger Sicht erscheint das geradezu idyllisch. Als Symbol gilt Präsident Lyndon B. Johnsons Projekt der «Great Society» in den 1960er Jahren: Allen Amerikanern sollte mehr vom wachsenden Kuchen gegeben, niemandem etwas weggenommen werden.

Es gab besonders nach dem Zweiten Weltkrieg einen liberalen Konsens in den USA, der auf dem ökonomischen Aufschwung und der Bedrohung durch die Sowjetunion beruhte. Ein Präsident wie Dwight D. Eisenhower hätte für beide Parteien kandidieren können. Heute unvorstellbar! Problematisch ist aber, wenn diese Konsensdemokratie als Normalfall der amerikanischen Geschichte beschrieben wird. Das war sie nicht. Und selbst in ihrer Blütezeit in den 1950er und 1960er Jahren wurden die USA heftig durchgeschüttelt, vor allem durch die Rassenfragen und den Vietnam-Krieg.

Paradoxerweise wurde die amerikanische Gesellschaft nicht friedlicher, nachdem die Bürgerrechtsbewegung endlich einen Teil ihrer Forderungen erstritten hatte. Im Gegenteil.

Es gab die Illusion in der amerikanischen Gesellschaft, dass mit der Abschaffung des Apartheidsystems die Rassenkonflikte gelöst würden. Aber zum einen gab es diejenigen, die sich als Verlierer dieser Entwicklung sahen, vor allem die Weissen in den Südstaaten, aber auch weisse Arbeiter im Norden. Zum anderen gab es eine Revolution der eskalierenden Erwartungen: Nun sollten auch alle noch verbliebenen Ungerechtigkeiten beseitigt werden, und zwar sofort. Gesellschaftliche Veränderungen haben sehr häufig unbeabsichtigte Nebenwirkungen.

Die Bürgerrechtsbewegung stand also am Ursprung der heutigen Ideologisierung und Polarisierung des Polit-systems?

Die Bürgerrechtsbewegung ist die bedeutendste und grossartigste soziale Bewegung der amerikanischen Geschichte. Sie war Vorbild für viele emanzipatorische Schritte, die Frauen-, die Homosexuellen-, die Antikriegsbewegung. Aber diese «Rights Revolution» hat wiederum viele traditionalistische Amerikaner radikalisiert. Nur so lässt sich der rasante Aufstieg einer stark politisierten religiösen Rechten ab den 1970er Jahren verstehen. Die konservative Bewegung bezog ihre Schubkraft zudem aus der ökonomischen Verunsicherung der Mittelschicht.

Eine ähnliche Entwicklung gab es im Zuge der Präsidentschaft von Barack

Obama, die von Progressiven als Vollendung des multiethnischen Amerika gefeiert wurde.

Um das Jahr 2000 gab es Analysen von Politologen, die prophezeiten, dass die Demokraten auf lange Sicht die Mehrheitspartei würden: gewählt von den gebildeten, liberalen Weissen und ethnischen Minderheiten, die demografisch stetig zulegen. Obamas Wahlsiege schienen die Prognose zu bestätigen. Zwei Dinge wurden aber nicht bedacht: dass es erstens jemanden geben könnte wie Donald Trump, der eine massive Gegenbewegung in Gang setzt. Und zweitens, dass die Demokraten keineswegs darauf bauen können, von ethnischen Minderheiten gewählt zu werden. Diese sind nämlich nicht so, wie sie progressive Akademiker an Universitäten gern hätten: aktivistische Opfer. Vielmehr sind sie in gesellschaftlichen Fragen oft ziemlich konservativ. Und als Teil der «working classes» sind sie auch von Deindustrialisierung und der Konkurrenz durch illegale Einwanderer betroffen.

Welchen Einfluss hat die Immigration auf die Polarisierung?

Die USA sind die grösste Einwanderungsgesellschaft der Welt. Kein anderes Land hat so viele Migranten aufgenommen. Demografische Veränderungen waren noch nie konfliktfrei, denken wir an den Hass und die Gewalt gegenüber den katholischen Einwanderern im 19. und frühen 20. Jahrhundert, den Iren und Italienern. Heute sehen wir aber eine neue Dynamik: Über die längste Zeit ihrer Geschichte waren die USA eine von Euroamerikanern geprägte Gesellschaft. Nun erleben sie eine «Hautfarbenrevolution», wie es der Historiker James Patterson formuliert hat. In der multiethnischen Demokratie wird die weisse Mehrheit allmählich ihre Vormachtstellung verlieren, so lauten jedenfalls alle demografischen Prognosen. Das löst Abstiegsängste aus. Und die Frage: Ist der Multikulturalismus ein taugliches Modell nationaler Integration?

Der Melting-Pot zerbricht an seiner eigenen Erfolgsgeschichte?

Der Schmelztiegel war immer ein Mythos. Doch die Globalisierung, die

zur

Deindustrialisierung ganzer Land-

striche geführt hat, und die gleichzeitige Massenimmigration haben die Probleme verschärft.

Noch

bis in die 2000er Jahre gab es einen parteiübergreifenden Konsens: Der Wirtschaftsflügel der Republikaner wollte billige Arbeits-

kräfte, und viele Demokraten fanden,

es gebe ein Menschenrecht auf Einwanderung, ob legal oder illegal.

Es ist ein Phänomen, das wir auch in Europa kennen.

Hier wie dort stiessen die Rechts-

populisten in die Lücke.

Sie schreiben denn auch, Donald Trump sei «kein Betriebsunfall der amerikanischen Geschichte».

Ich habe schon 2016 zu denen gehört, die einen Wahlsieg Trumps als möglich angesehen haben. Ich beschäftige mich schon sehr lange mit dem amerikanischen Wahlrecht. Kleine Veränderungen in einzelnen Gliedstaaten können sehr grosse Konsequenzen haben. Selbst Hillary Clinton, die eine der schlechtesten Kandidatinnen der amerikanischen Politikgeschichte war, machte 3 Millionen Stimmen mehr als Trump, verlor aber wegen des anachronistischen Wahlsystems. Das heisst: Die Demokratische Partei ist längst nicht abgeschrieben, sofern sie es schafft, überzeugende Führungspersönlichkeiten zu nominieren.

Ganz nach dem Bonmot von Churchill: «Die Amerikaner werden immer das Richtige tun – nachdem sie alle Alternativen ausgeschöpft haben.»

Schön wär's. Ich hätte mir gewünscht, dass sich die amerikanische Demokratie nach dem Sturm aufs Capitol als wehrhaft erweist. Doch das ist nicht passiert. Die Republikanische Partei war nicht bereit, Trump fallenzulassen. Über 77 Millionen haben ihn trotz Putschversuch 2024 gewählt. Es ist eine Zäsur in der amerikanischen Geschichte, dass Trump nun wieder im Weissen Haus logiert – und nicht im Gefängnis, wo er eigentlich hingehört. Ich hoffe zumindest, dass wir diesen Herbst faire Midterm-Wahlen erleben. Und dass die amerikanische Variante des autoritären Präsidialsystems bald wieder vorbei ist.

Wird die Polarisierung auch ohne Trump bleiben?

Sie gründet ja nicht auf Verteilfragen. Das war das verbreitete ökonomistische Missverständnis. Es sind Werte, die spalten: Fragen der sozialen und nationalen Identität. Wir werden sehen, was mit einer Bewegung wie «Make America great again» passiert, wenn ihr der Führer abhandenkommt oder sein Charisma veralltäglicht, wie es bei Max Weber heisst.

Bis dahin werden König Donald I. und seine Entourage weiter verdienen.

Auch hier sollte man sich keine Illusionen machen. Die amerikanische Politik war schon immer ziemlich korrupt. Präsident Andrew Jackson, übrigens ein Vorbild von Trump, führte im 19. Jahrhundert ein Patronage-System ein, das Loyalität über Leistung stellte und die Selbstbereicherung förderte. Aber was der amtierende Präsident treibt, ist präzedenzlos. Man kann ihn eigentlich nur als Kleptokraten bezeichnen.

Der Präsident will die 250-Jahr-Feier der Unabhängigkeitserklärung politisch nutzen. In einem Dekret fordert er, «die Wahrheit und den Verstand in der amerikanischen Geschichte wiederherzustellen». Was halten Sie davon?

Ich war gerade an der Jahrestagung der amerikanischen Historiker in Philadelphia. Es gibt ein grosses Unbehagen darüber, dass nun die dunklen Kapitel der US-Geschichte, insbesondere die Sklaverei und die Massaker an den Ureinwohnern, aus den Schulbüchern, den Museen, der Öffentlichkeit verschwinden sollen. Die Trump-Administration arbeitet daran, die Erzählung des sogenannten American Exceptionalism zur Staatsideologie zu erheben: die Geschichte der USA als fortwährender, von Gott besonders begünstigter Triumphzug von Freiheit und Fortschritt. Auf der anderen Seite haben wir eine ganz stark von der Linken dominierte akademische Monokultur, die seit vielen Jahren nur das Negative der Geschichte betont. Solche Extrepositionen helfen natürlich nicht, einen neuen gesellschaftlichen Konsens zu finden.